

Gegen

**Land Berlin, vertreten durch den Senator für
Inneres, Berlin 31, Polizeipräsident 2,**

Beilagen und Beschwerdegang

Das Urteil des Landgerichts vom 7. November 1969 ist der KINIGERIN zu Unrecht ihres Prozessvollmachtigen laut dessen Eingekerkelungsbeschluss am 12. Dezember 1969 zugestellt worden. Das Berufungsgericht hat die erst am 15. Juni 1970 eingegangene Berufung der KINIGERIN als verurteilt angesehen und die demgemäß nach § 319 b ZPO in Verbindung mit § 209 Abs. 1 BGG als unzulässig verworfen. Die hiergegen gestellte sofortige Beschwerde der KINIGERIN ist unbegründet.

Schluss

Die sofortige Beschwerde der KINIGERIN gegen den Beschluss des 19. Zivilsenats des Kammergerichts in Berlin vom 29. Juni 1970 wird zurückgewiesen. Das Verfahren ist gebühren- und anlagenfrei. Die außergerichtlichen Kosten des Rechtsmittels trägt die KINIGERIN.

In der Sitzung vom 10. November 1970
beschlossen:

Der IX. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat unter Mitwirkung des Senatspräsidenten Nel und der Bundesrichter Dr. Graf, von der Mühlen, Zorn und Henkel

- 3 -

Die Klägerin bringt vor, das Urteil sei erst am 13. Dezember 1969 zugestellt worden; dies ergebe sich aus einem an sie gerichteten Schreiben ihres Prozeßbevollmächtigten und aus dem auf der zugestellten Urteilsabschrift angebrachten Eingangsstempel mit dem Datum "13. Dezember 1969". Wenn das Empfangsbekenntnis ein anderes Datum trage, so sei bei dessen Ausfüllung ein Schreibfehler unterlaufen oder der Stempel, mit dem die Zustellungskarten morgens abgestempelt würden, noch nicht umgestellt gewesen. Dieses Vorbringen kann der Beschwerde nicht zum Erfolg verhelfen. Gegenüber dem Beweis durch das Empfangsbekenntnis ist zwar der Gegenbeweis, daß das zugestellte Schriftstück zu einer anderen als der angegebenen Zeit in Empfang genommen worden ist, zulässig (Reichsgericht JW 1936). Hier hat der Prozeßbevollmächtigte der Klägerin jedoch die Unrichtigkeit des Empfangsbekenntnisses nicht glaubhaft gemacht. Der Stempel des Postamts Berlin 1 gibt als Zeitpunkt seiner Rücksendung an: "12.12.69 - 22". Damit steht fest, daß der Prozeßbevollmächtigte das Empfangsbekenntnis bereits an diesen Tag zur Rücksendung aufgegeben hat, es also nicht erst am 13. Dezember 1969 unterzeichnet haben kann.

Hinweis: Auch Teile der Urteilsammlung sind als Datenbank nach §§ 87a ff. UrhG geschützt.



[JLaw – Gesetze und Urteile](#)
Kostenlos
Über 200 Gesetze
Über 100.000 Urteile
[\(mobile App\)](#)



[JLaw – für Android](#)



[JLaw – für iOS](#)

Die Beschwerde ist unbegründet und wird mit der Kostenfolge aus § 97 Abs. 1 ZPO, § 225 Abs. 1 EEG zurückgewiesen.

Nai

Graf